

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Gohndorf, Adlitz, Bernsdorf, Nüsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienna, Reudersfel, Ortmannsdorf, Rülßen St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Thurn, Niedermüllsen, Rübshnapel und Lischheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichem Amtsgerichtsbezirk

Nr. 55

Verbreitungs-Gesellschaft
im Amtsgerichtsbezirk

64. Jahrgang
Sonnabend, den 7. März

Haupt-Infektionsorgan
im Amtsgerichtsbezirk

1914

Das Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtagen, wochentags für den Preis von 1 Mk. 50 Pf. nach die Post bezogen 1 Mk. 75 Pf. Einzelne Nummern 10 Pf. Abbestellungen nehmen außer bei den Postämtern in Gohndorf, Bernsdorf, Nüsdorf, St. Egidien, Marienna, Reudersfel, Ortmannsdorf, Rülßen St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Thurn, Niedermüllsen, Rübshnapel und Lischheim auch bei den Postämtern in Gohndorf, Bernsdorf, Nüsdorf, St. Egidien, Marienna, Reudersfel, Ortmannsdorf, Rülßen St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Thurn, Niedermüllsen, Rübshnapel und Lischheim. Der Preis für den Abnehmer beträgt 10 Pf. pro Nummer. Die Postgebühr ist in der Preisangabe nicht enthalten. Telegramm-Adresse: 'Tageblatt'.

Das Wichtigste

- Das albanische Fürstentum ist von Triest nach Durazzo abgereist.
- Nach den Meldungen griechischer Zeitungen sollen in Durazzo 300 Gendarmen sich für Effend Pascha als Herrscher erklärt haben und die übrige Polizei von der Kaserne aus, wo sie belagert werden, beschließen.
- Die württembergische Kammer nahm ein Lichtverbot an, das eine Konzession und ein Verbot des Besuchs der Theater durch Jugendliche unter 17 Jahren einführt.
- Auf dem Weg zur Panzerhütte in der Ortlergruppe ist eine aus 20 Mann bestehende militärische Abteilung des 3. Landesschießbataillons in eine Schneelawine geraten. Ein Offizier und vier Mann konnten gerettet werden, die übrigen, darunter zwei Offiziere und zwei Adlige, sind getötet worden.
- Im österreichischen Abgeordnetenhaus kam es gestern zu so arger Verwirrung, daß die Sitzung abgebrochen werden mußte.
- Die englische Regierung hat für Shackletons Südpolarexpedition 10000 Pfund Sterling Beihilfe bewilligt.
- Im britischen Ministerrat ist eine Million Pfund Sterling für die Luftfahrt ausgesetzt worden.
- Der englische Botschafter in Mexiko, Garden, erklärte amerikanischen Journalisten gegenüber, daß Huerta der einzige Mann sei, der in Mexiko den Frieden wieder herstellen könne.
- Der schwedische Reichstag ist aufgelöst worden.
- Das Organ des russischen Finanzministeriums dementiert die Nachrichten der 'Mölnischen Zeitung' über russische Kriegsvorbereitungen.
- In Smyrna nimmt der Bouffort gegen die Griechen zu.

Deutscher Reichstag.

(Eigen-Bericht.) In Berlin, 5. März.
Die Vorrede erreichte heute, kurz vor ihrem Abschluß, in dem Kampf um die **Stammschutzzulage** ihren Höhepunkt. Die Spannung im Hause steigerte sich während der Diskussion bis zur Abstimmung herauf, als handelte es sich um die Entscheidung einer der wichtigsten politischen Fragen der Gegenwart. Der Redekampf wickelte sich ab zwischen den Parteien des ehemaligen Bismarck-Blocks einerseits und der Sozialdemokratie und den Polen andererseits, wobei es wiederholt zu hitzigen Zwischenfällen und einmal auch zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Vizepräsidenten Dr. Baasche und der äußersten Linken kam. Das Zentrum, das in der Streitfrage den Ausschlag zu geben hatte, beteiligte sich nicht an dem Redegedicht, sondern lief nur kurz vor der Abstimmung durch sein angeführtes Mitglied, den Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Spahn, die Erklärung abgeben, daß es an dem Kommissionsbeschlusse festhalte und den Antrag auf Wiedereinstellung der Stammschutzzulage ablehne. Damit war über das Schicksal des Antrages entschieden, aber gleichwohl hielt die Spannung im Hause bis zur Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses ungebrochen an.

Die Diskussion eröffnete der Staatssekretär, indem er noch einmal mit aller Wärme für die Bewilligung der Stammschutzzulage eintrat und betonte, daß es sich hier lediglich um eine wirtschaftliche Maßnahme handle, nämlich um die Gleichstellung der Volkbeamten mit den im Osten tätigen preussischen Beamten. Von der nationalliberalen Partei sprach der Abgeordnete Rechtsanwalt und Notar Scheele, der auch in den Vorjahren immer ein

stärkter Befürworter der Zulage war, für die Wiedereinstellung und von der konservativen Partei Graf Westarp. Dieser empfahl für den Fall der Ablehnung der Position einen Vermittlungsantrag, wonach dem Reichskanzler zur Erwägung anheim gegeben werden soll, ob eine solche Zulage nicht den Beamten in allen Grenzbezirken zu gewähren sei. Damit werde jeder politische Verdacht beseitigt. Mit dem gleichen Nachdruck wie die genannten Redner beauftragten auch der fortschrittliche Redner Kossel und der Reichsparteiler Rechtsanwalt Martin die Bewilligung der Zulage. Die Sozialdemokratie, die sich gegen eine so breite Front zu verteidigen hatte, schickte zwei ihrer temperamentvollsten Redner ins Zentrum: die Abgeordneten Kossel und Ledebour. Während der erstere mit den üblichen Krisenreden um sich warf, gab sich Ledebour diesmal mehr von der humoristischen Seite. Die Bewegung im Hause erreichte ihren Höhepunkt, als es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen diesem Redner und dem Vizepräsidenten Dr. Baasche kam, wobei ersterer in seinem Widerpruch gegen die Behauptungen des Vizepräsidenten von seinen Parteifreunden lärmend unterstützt wurde. Das Intermezzo hatte für den Abgeordneten drei Ordentlichkeiten zur Folge.

Bei der Abstimmung wurden beide Anträge der auf Wiedereinstellung der Stammschutzzulage und der Vermittlungsantrag des Grafen Westarp mit großer Mehrheit **abgelehnt**. Beim ersten Antrage stimmten 194 Abgeordnete mit Nein und 127 mit Ja, 2 enthielten sich, und bei dem Vermittlungsantrage stimmten 188 mit Nein und 121 mit Ja, bei 3 Stimmenthaltungen. Nach Bekanntgabe des Resultates, das von der äußersten Linken mit lebhaftem Beifall begrüßt wurde, hatte für die Mehrheit der Abgeordneten die weitere Debatte kein Interesse mehr, und schnell richteten sich die Reihen im Saale wieder.

Deutsches Reich.

Dresden. Eine Panzerhütte. In der 2. Kammer des Sächsischen Landtages beschäftigte man sich gestern zunächst mit der Vermehrung der Eisenbahnfahrzeuge. Sie gaben Veranlassung, Wünsche vorzutragen, die sich auf die Anschaffungen der Personenzüge, Heizung, Lüftung, Toiletten usw. bezogen. Abg. Dr. Rietammer forderte vor allem ein bedeutungsvolleres Fahrtempo auf den Nebenlinien. Die entsprechenden Etatkapitel wurden schließlich bewilligt. Sodann unterhielt man sich eine lange Reihe von Stunden über Kapitel 61 des ordentlichen Etats, der die Einnahmen und Ausgaben der Gewerbe- und Handelskassen betrifft. Der sozialdemokratische Abgeordnete Steinling hatte einen schriftlichen Bericht erstattet und durch einhändige mündliche Ausführungen ergänzt, die von allen bürgerlichen Parteien heftig als tendenziös und einseitig angegriffen wurden. Der Bericht forderte eine Vermehrung der Aufsichtsbeamten. Dem widersprachen fast alle bürgerlichen Redner, besonders überzeugend Pöner und Försch, beide Industrielle. Der sozialdemokratische Abg. Ritzke-Dresden bemühte sich vergebens, die hart angegriffene Position seines Parteifreundes Steinling zu retten. Die nachfolgenden Redner, der nationalliberale Abg. Dr. Köhner, der konservative Dr. Schanz, Staatsminister Graf Bülow v. Goltz und Schanz, noch wichtigeres Material gegen ihn vor. Gegen 9 Uhr ließ sich ein Ende der Sitzung noch nicht absehen.

Landeskulturratswahl im 11. Wahlbezirk. Nach dem nunmehr feststehenden Ergebnis fielen auf Volkswirtschaftler Stahl, Wittgenborst, 1088 Stimmen, auf Gutbesitzer E. Gier, Rülßen St. Jacob, 40 Stimmen und gesplittet waren 5 Stimmen. Die

Wahlbeteiligung war um 116 Stimmen niedriger als 1908.

Berlin. Ein russisches Dementi. Das Organ des russischen Finanzministeriums erklärt in seiner Ausgabe vom 5. März folgendes:

„Die 'Mölnische Zeitung' veröffentlicht am 3. März eine Nachricht über angeblich Kriegsvorbereitungen Russlands an der Westgrenze. Am Abend desselben Tages rief diese Nachricht ziemlich lebhaften Unruhe an der Pariser Börse hervor, die sich in den Kurien der an dieser Börse gehandelten russischen Werte widerspiegelt. Die Unruhe hatte sich heute der Petersburger Börse mitgeteilt, die unter der Einwirkung der erwähnten Nachricht äußerliche Schärfung zeigte, welche durch Maßnahmen der Baisse-Spekulanten noch gesteigert wurde. Sie sind, so schreibt das Blatt, in der Lage, Formell zu erklären, daß die Nachricht der 'Mölnischen Zeitung' jeder Begründung entbehrt.“

Jeder Begründung? Die Behauptung des Finanzministeriums wird wohl auf starkes Mißtrauen stoßen. Es ist nicht anzunehmen, daß der Mitarbeiter der 'Möln. Ztg.', selbst wenn der betreffende Artikel eine Privatäußerung war, keine Angaben frei aus den Ringern gezogen hat. Mit einem bloßen Kopfschütteln kommt man über die bis ins einzelne begründeten deutschen Aussagen nicht hinweg.

Küßtritt des Landwirtschaftsministers Schorlemer? Die 'Germania' will von ununterrichteter Seite erfahren haben, daß die Stellung des Landwirtschaftsministers Freiherrn von Schorlemer wieder ernstlich erschüttert sei, und daß sein Küßtritt bevorsteht. Auch eine Kandidatur für den Statthalterposten für Ost-Preußen käme nicht mehr in Frage. Eine andere Meldung bejaht: Die Nachricht über den angeblich bevorstehenden Küßtritt des preussischen Landwirtschaftsministers Freiherrn von Schorlemer und die Erschütterung seiner Stellung ist, wie von unabhängiger Seite mitgeteilt wird, in jeder Beziehung frei erfunden.

Die russisch-deutsche Bechtimmung. Die 'Mölnische Zeitung' meldet aus Berlin: Nach Pariser Pressenmeldungen soll der Wechsel des deutschen Konsularbeamten in Petersburg, Grafen Tolstoj-Schlobitten, mit einer deutsch-russischen Bechtimmung wegen der Mission des Grafen Liman v. Sanders in Verbindung gebracht werden. Eine derartige Bechtimmung ist aber durchaus unrichtig. Der Wechsel in dem Posten des deutschen Konsularbeamten in Petersburg war schon lange vor der Entsendung des Generals Liman v. Sanders in Aussicht genommen. Kaiser Nikolaus hat dem Konsularbeamten Grafen Tolstoj-Schlobitten schon im Mai v. J. seinen Entlassungsbefehl erteilt, als er zur Hochzeit des Herzogs von Braunschweig in Berlin weilte.

Zum Tode Dr. Morps. Der Papst, der bekanntlich prinzipiell auf dem Standpunkt Dr. Morps stand, war über die Todesnachricht sehr niedergeschlagen. In großen der Preussenkammer hofft man, daß erst nach dem Tode der beiden Hauptkandidaten Morps und Morps die Herstellung des Friedens im Wertpapiermarkt in Deutschland erleichtert wird. Der Tod hat im Pariser Lager lebhaft berührt.

Eine deutsche Strafexpedition in der Ostsee. Das Landungskorps 2 M. J. 'Kormoran' hat, wie auf funktentelegraphischem Wege nach Berlin gemeldet wird, mit dem Stationsleiter und der Poliertruppe von Niemi auf der Benjaminswille Insel eine sechsmonatige Expedition nach dem südwestlichen Teil der Insel ausgeführt als Demonstration und als gleichzeitig als Strafexpedition. Eine Stammeskunde der Eingeborenen wurde dabei unternommen. Die Ostsee der Truppen war vorüberlich.

Zur Tuellfrage. Die Kommission des Reichstages zur Lösung der Tuellfrage nahm einstimmig den Grundbesitz an, daß bei Vorliegen eines fre-